

Ursula Engelen-Kefer

Vorsitzende SoVD Landesverband Berlin-Brandenburg

EU-Protesttag für Menschen mit Behinderungen am 5. Mai 2022

Motto: „Tempo machen für Inklusion – barrierefrei zum Ziel!“

Wir begehen heute den 30. Jahrestag des Europäischen Protesttages für Menschen mit Behinderungen.

Nach zwei Jahren coronabedingtem Ausfall unserer Demo und Kundgebung hier in Berlin haben wir es just zum 30. Jahrestag wieder geschafft.

Ich freue mich, Euch alle hier und heute in Präsenz zu unserer Demo und Kundgebung begrüßen zu dürfen.

Bereits beim letzten gemeinsamen Treff zur Demo konnten wir mit Stolz feststellen: Die Anzahl der mit uns demonstrierenden Menschen hatte sich ständig erhöht.

Dies ist allerdings ein zweifelhafter Erfolg. Wirklichen Erfolg hätten wir nur dann, wenn überhaupt keine Demo und Kundgebung mehr nötig wären.

Leider ist trotz der UN-Behindertenrechtskonvention und einer beeindruckenden Fülle an Gesetzgebung auf nationaler und Landesebene eher das Gegenteil der Fall.

Pandemie und der verheerende Krieg in der Ukraine haben uns bei Inklusion und Barrierefreiheit wieder zurückgeworfen.

- Immer mehr Menschen müssen aus der Ukraine fliehen –auch und insbesondere Menschen mit Behinderungen.
- Durch die grausamen Kriegsgeschehnisse werden immer mehr Menschen körperlich, geistig und durch Traumatisierung zu Behinderten.
- Viele von ihnen können infolge ihrer schweren Behinderungen überhaupt nicht zur Versorgung in andere Bundesländer gebracht werden.
- Sie müssen in Berlin bleiben und verschärfen die Defizite bei der Inklusion.

Umso mehr müssen wir hier und heute mit unserer Demo und Kundgebung klare Zeichen setzen:

Wir lassen nicht zu, dass geflüchtete Menschen mit Behinderungen gegen einheimische behinderte Menschen ausgespielt werden!

Unsere Gesellschaft hat die Verantwortung für die Inklusion **aller** Menschen mit Behinderungen – gleich welcher Art und welcher Herkunft.

Und ich sage: Wir haben auch die finanziellen Mittel, die Verantwortung für alle behinderten Menschen zu übernehmen. Entscheidend sind die politischen Entscheidungen, **wofür** die verfügbaren öffentlichen Mittel eingesetzt werden.

Dazu setzt sich unser Kampf als Behindertenverbände auch bei dem diesjährigen europaweiten Protesttag fort.

Dabei sind wir mit noch größeren Herausforderungen konfrontiert als in den vergangenen 30 Jahren: Heute geht es vor allem um die Zukunft unserer grundsätzlichen Ziele: Frieden, Freiheit und Demokratie!

Und es geht auch um das Überleben unseres Planeten durch Klima- und Umweltschutz – nicht auf dem Papier, sondern in der Realität.

Wir fordern:

- Krieg, Zerstörung, Elend und Gewalt in der Ukraine müssen beendet werden!
- Unsere Bevölkerung in Berlin, Deutschland und Europa muss vor dem Krieg mit Energie in Wirtschaft und Privatbereich geschützt werden!
- Die sich durch Pandemie und Ukraine-Krieg verschärfende Spaltung in unserer Gesellschaft muss endlich aufgehalten werden!
- Klima- und Umweltschutz müssen sozialverträglich gestaltet und dabei besonders die Erfordernisse der Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden!

- Die durch die UN-Konvention und nationale sowie regionale Gesetzgebung geforderte Inklusion und Barrierefreiheit müssen in Politik und Praxis umgesetzt werden!

Inklusion und Barrierefreiheit müssen für alle Arbeits- und Lebensbereiche gelten.

Dafür nur wenige Beispiele:

- Das 2020 verabschiedete Landesantidiskriminierungsgesetz für die öffentliche Verwaltung in Berlin – mit seinem erstmalig eingeführten Verbandsklagerecht – muss umgesetzt werden.
- Die nationalen Gesetze und die Berliner Praxis zur Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt erfordern nicht nur genügend finanzielle Hilfen, sondern auch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern.
- Die Schwerbehindertenquote sowie die Ausgleichsabgabe sind zu erhöhen und wirksam umzusetzen.
- Für die Eingliederung behinderter Jugendlicher in Ausbildung sind ebenfalls eine Quote und Ausgleichsabgabe gesetzlich festzulegen und praktisch durchzusetzen.
- Barrierefreie Konzepte für Wohnen, Gesundheits- und Pflegeversorgung sowie für die Mobilität müssen über Sonntagsreden hinaus im täglichen Alltag verankert werden.
- Die zunehmende Gewalt gegenüber Menschen mit Behinderungen und vor allem gegenüber Frauen und Kindern ist wirksam zu bekämpfen.

Dazu bedarf es ausreichender finanzieller Mittel im derzeit verhandelten Zweijahreshaushalt des Berliner Senats für Frauenhäuser mit Barrierefreiheit und Projekte zur Bekämpfung von Gewalt

Berlin kann und muss hierbei vorangehen. Dafür protestieren wir hier und heute!